

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mark, bei Vorbestellung 15 Pf. (Postgebühren und Porto).
Früher: Wilsdruffer Tageblatt
Die „Sachsen-Zeitung“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Wagelpreis: Die 2. Spalte 20 Schilling, die 3. Spalte 10 Schilling, die 4. Spalte 5 Schilling. Nachdruckgebühren 25 Schilling. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.
Kriegsentscheidungen werden nach dem Urteil des Reichsgerichts in Dresden gefällt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten über keine Garantie. Jeder Robottanpruch ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten über keine Garantie. Jeder Robottanpruch ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten über keine Garantie.

Nr. 84 - 83. Jahrgang. Tel. Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2440 Dienstag 8. April 1924

Immer neue Drohungen.

Wir stehen unmittelbar vor der Veröffentlichung des Berichts der Sachverständigenausschüsse. Was bisher über diesen Bericht durchgesickert ist, genügt schon, um uns Deutsche nicht in allzu große Hoffnungslosigkeit zu versetzen. Noch gibt es freilich für uns Einwirkungsmöglichkeiten; denn dieser Bericht ist ja nicht der endgültige Entscheid. Er geht an die Reparationskommission zu Händen des Herrn Barthou und wird von ihr, begleitet von der eigenen Stellungnahme, dann den alliierten Mächten übermittelt, d. h. der Vorschläge oder einer anderen Konferenz, die angeblich zwecks endgültigen Entscheids etwa Mitte Mai zusammenberufen werden soll.

Aber es wird schon mobil gemacht gegen Deutschland, falls wir etwa „Schwierigkeiten“ machen sollten, um im Poincaré-Stil zu reden. Der eine droht verhöllt, der Professor Flora, das italienische Mitglied der Ersten Sachverständigenkommission; — die Franzosen drohen ganz unverhüllt. In die Besatzungsstruppen am Ruhr und Rhein ist plötzlich eine demonstrative Beweglichkeit hineingelommen. Die Besatzungszone selbst ist im Stadtgebiet Eberfeld einfach ausgebeutet worden, und Herr Girard, der Vorsteher der Rheinlandkommission, entwickelt noch demonstrativer plötzlich eine starke Aktivität gegen alles, was im besetzten Gebiet sich in nationalem Geiste bewegt. Strafordrohungen, 240 Hausdurchsuchungen, 61 Verhaftungen und alle anderen seit fünf Jahren bekannten Maßnahmen — natürlich nur „zur Sicherheit der Besatzungsstruppen“! — werden veranlaßt und finden Unterstützung bei dem englischen und italienischen Mitglied der Kommission. Der Engländer hat früher gegen derartige Proteste protestiert; jetzt unterläßt er diesen papierernen Protest. Was manche Kreise in Deutschland wieder einmal enttäuscht wird. Dafür „protestiert“ aber Poincaré gegen die „nationalistische“ Rede, die Außenminister Dr. Stresemann vor acht Tagen in Hannover gehalten habe. „Wir haben eben „summe Hund“ zu sein! All das sind Drohungen gegen Deutschland und sollen es sein, sollen von vornherein jeden deutschen Widerspruch gegen die endgültige Entscheidung über uns im Keime ersticken.

Trotzdem muß man sich dagegen wenden, daß man uns großartig ein „Moratorium“ verheißt, aber uns zwingen will, während dieses Moratoriums die Sachlieferungen von Reichs wegen wieder aufzunehmen. Die Lage ist belanlich zurzeit die, daß das Reich sich finanziell für gänzlich außerstande erklärt hat, Sachlieferungen zu leisten, ja auch nur die Besatzungskosten zu zahlen. Ein Blick auf den Reichsetat beweist die Selbstverständlichkeit dieser Weigerung. Daher liegt die finanzielle Gesamtlage der Sachlieferungen, wie sie die Ricumverträge festgesetzt haben, auf den Schultern der Industrie des besetzten Gebietes; als eine untragbare Last. Alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jetzt wieder der Reichsfinanzrat und der Reichsstatthalterverband haben diese Untragbarkeit zum hundertstenmal festgestellt. Eine 40-prozentige Belastung der Rhein-Ruhrproduktion durch diese „Verträge“ schlägt aber ganz selbstverständlich jede Abgabemöglichkeit tot. Poincaré antwortete mit seinen oben angeführten demonstrativen Drohungen auch hierauf: Die Leistung der Werke ist noch das mindeste, was uns Herr Le Trocquer, der französische Wirtschaftsminister, verheißt, wenn wir bis zum 15. April die neuen Ricumverträge nicht einfach nach französischem Diktat akzeptieren. Und diese „Verhandlungen“ begannen am 8. April.

Da hat nun das Reich eingegriffen. Unser Pariser Botschafter Hoesch ging zu Poincaré, um angeblich mit ihm über eine Zwischenlösung — nämlich vom 15. April bis zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems durch die Extentkonferenz auf Grund der Sachverständigenberichte — zu verhandeln. Damit wäre unsere Regierung von ihrem bisherigen Standpunkt abgegangen; denn eine derartige „Zwischenlösung“ begreift natürlich die grundsätzliche Zustimmung und damit die finanzielle Reichsgarantie von Sachlieferungen — sei es nun in der Ausdehnung, wie sie die bisherigen Ricumverträge festsetzten, oder im engeren Ausmaß — selbstverständlich ohne weiteres in sich. Damit würden wir jetzt schon den Weg von uns aus beschreiten, den die Entente uns durch die geplante Anferlegung von Sachlieferungen trotz des „Moratoriums“ vorschreiben will. Nicht zuletzt würde übrigens auch durch die jetzige deutsche Regierung die Politik einer etwaigen neuen Regierung nach den Reichstagswahlen von vornherein vor vollendete Tatsachen gestellt.

Aber das Ergebnis der Verhandlungen Poincaré-Hoesch ist übrigens von keiner Seite offiziell noch offiziös berichtet worden. Aber man hört zuverlässig, daß der französische Ministerpräsident sich jedem Vermittlungsvorschlag gegenüber absolut ablehnend verhalten und erklärt hat, daß die Nichterneuerung der Lieferungsverträge in dem von der Jugentkommission geforderten Umfang zu Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Industrien führen werde. Damit erledigen sich wohl alle Schlussfolgerungen, denn was Poincaré im Grunde genommen will, weiß man lange.

„Erst Brot, dann Reparationen!“ hat einmal der Reichsfinanzrat Dr. Birib gesagt. Vorläufig ist aber außerordentlich unsicher, ob wir das Brot, das wir uns mühsam genug schaffen, auch behalten werden. Denn Poincaré strebt ja schon wieder fabelhaftes die Hand danach, es uns zu entreißen.

Die Wahlen zum bayerischen Landtag.

Große Erfolge des völkischen Blocks.

München, 6. April. Nach den zwischen 9 und 10 Uhr abends in einer Wahlerversammlung des völkischen Blocks gemachten Mitteilungen soll damit zu rechnen sein, daß der völkische Block in München 45 bis 50 v. H. aller abgegebenen Stimmen erhalten hat. Nach einer anderen Meldung ist damit zu rechnen, daß der völkische Block als drüßfährige Fraktion in den Landtag einziehen wird. Von bisher vorliegenden Zahlen von dem Lande ist besonders bemerkenswert das Ergebnis des völkischen Blocks in der schwäbischen Industriestadt Hof. Dort hat der völkische Block erhalten 9 879, die Sozialdemokraten 7 527, die bayerische Volkspartei 760, die Kommunisten 910, der Mittelstandsbund 1 197, die vereinigte Nationale Rechte 837 und der Deutsche Block (Demokraten) 706 Stimmen. In der oberbayerischen, stark mit Industrie durchsetzten Stadt Mühldorf steht die bayerische Volkspartei mit 1 140 Stimmen an der Spitze. Es folgen der völkische Block mit 598, die Kommunisten mit 527, die Sozialisten mit 301 Stimmen. Starke Erfolge trug der völkische Block auch in der unterfränkischen Stadt Kitzingen mit 2 100 Stimmen davon. Am 11 Uhr abends waren aus 52 der 171 Münchner Stadtbezirke die Wahlergebnisse bekannt. Abgegeben wurden 104 000 Stimmen, also etwas über ein Viertel der Münchner Stimmberechtigten. Davon haben die bayerische Volkspartei 13 995 = 18 v. H., die Vereinigte Nationale Rechte 2 390, die Nationalliberale Vereinigung 592, die christlich-sozialen 725, die Nationalliberale 22 263, Mittelstand 232, Völkischer Block 30 470, Sozialdemokraten 15 240, Kommunisten 15 204 Stimmen erhalten. In Augsburg wurden für die Sozialdemokraten 2 320, für die Kommunisten 915, für den völkischen Block 3 818, für die bayerische Volkspartei 4 450, für die Nationale Rechte 446 und für den Mittelstandsbund 443 Stimmen gezählt. In Regensburg erzielten die bayerische Volkspartei 8 186, die bayerische Mittelstandspartei 1 300, der völkische Block 3 982, die Sozialdemokraten 3 367, die Kommunisten 2 208 Stimmen.

(Eigener Fernsprecheinstell der „Sachsen-Zeitung“)
München, 7. April. Von den bayerischen Wahlen liegen aus 57 bayerischen Wahlbezirken einschließlich München bisher folgende Ergebnisse vor: Bayerische Volkspartei 296 348, Sozialdemokraten 141 439, Kommunisten 77 593, Völkische 185 943, Deutscher Block 24 771, Christlich-Soziale Partei 12 080, Vereinigte nationale Rechte 57 275, Nationalliberale Partei 4 882, Deutsche Volkspartei 4 478, Beamtengruppen 18 333, Bayerischer Bauernbund 62 012, Bayerische Mittelstandspartei 3 168, U. S. P. 1 213, Heimattreue Koburger 466.

Ablehnung des bayerischen Volksentscheids

(Eigener Fernsprecheinstell der „Sachsen-Zeitung“)
München, 7. April. Der Volksentscheid ist nach den bisher eingegangenen Meldungen aus dem ganzen Lande als abgelehnt zu betrachten.

Keine Wiederbeteiligung der bayerischen Volkspartei an der Regierung.

(Eigener Fernsprecheinstell der „Sachsen-Zeitung“)
München, 7. April. Aus den Kreisen der bayerischen Volkspartei verlautet bestimmt, daß die Partei voraussichtlich an der Neubildung der bayerischen Regierung, die auf Grund der gestrigen Landtagswahlen stattfinden muß, sich nicht beteiligen wird, so daß also der völkische Block gezwungen wäre, die Regierungsbildung seinerseits zu versuchen.

Schwere Auto- und Flugzeug-Unglücke.

(Eigener Fernsprecheinstell der „Sachsen-Zeitung“)
Leipzig, 7. April. In der Nacht vom Sonntag zum Montag besand sich ein Automobil, das einem Münchner Herrn gehörte, auf der Fahrt von Dresden nach Leipzig. In Kühren bei Wurzen rannte das Auto mit voller Geschwindigkeit gegen eine Mauer. Ein Leipziger Gastwirt R. Freiberg erlitt einen Schädelbruch und wurde sofort getötet. Drei mitfahrende Leipziger Herren wurden schwer verletzt. Das Auto wurde vollkommen demoliert. Die Verletzten sind in das Bauhener Krankenhaus überführt worden.

(Eigener Fernsprecheinstell der „Sachsen-Zeitung“)
Leipzig, 7. April. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Sonntag abend auf der Landstraße Wiederrich bei Leipzig. Ein auf dem Flugplatz Rodau aufgestiegenes Flugzeug der Aero-Expresgesellschaft in Dresden, das mit dem Piloten Schöne und zwei Fluggästen, dem Ehepaar Pabst, besetzt war, stürzte nach einer Notlandung aus etwa 30 Meter Höhe ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert. Der Fluggast Pabst wurde sofort getötet, seine Frau und der Führer schwer verletzt.

von Hösch bei Poincaré.

Paris, 5. April. Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche Botschafter Herr von Hösch hier gestern nachmittag einen diplomatischen Schritt unternommen und in längerer Unterhaltung mit Poincaré die Frage eines Zwischenzustandes besprochen, für die Zeit nach dem Ablauf der Ricumverträge bis zur endgültigen allgemeinen Reparationsregelung. Deutscherseits wurde über das Ergebnis keinerlei Mitteilung gemacht. Wie man hierzu von französischer Seite erfährt, hat die französische Regierung keinen Hehl daraus gemacht, daß sie unbedingt auf der Erneuerung der Ricumverträge bestehen bleiben müsse und daß sie, wie bereits der Minister für öffentliche Arbeiten in der vorgestrigen Kammer Sitzung angedeutet hat, sich erforderlichenfalls entschließen wird, durch besondere Maßnahmen die Fortsetzung dieser Verträge zu erzwingen.

Eine Antwort an Poincaré.

Kiel, 6. April. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach

Außenminister Dr. Stresemann

über die politische Lage. In seinen Ausführungen berührte der Minister die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen und führte dazu folgendes aus:
Es ist vor aller Welt klar, daß das deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung der Fortführung der Ricumverträge zu übernehmen. Das gleiche gilt auch für die deutschen Industriellen.

Gegenüber den französischen Mitteilungen, wonach die deutschen Industriellen sich bereit erklärt hätten, die Ricumverträge zu verlängern, kann ich versichern, daß die maßgebenden Vertreter der deutschen Industrie das für ganz unmöglich erklärt haben. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmungen abgelehnt, so lange die Ricumverträge beständen, da sie diese Verträge als

Erdrosselungsverträge

ansahen, die die Rentabilität, ja, auf die Dauer jede Existenz der deutschen Unternehmungen vernichten. Pressemeldungen englischer Blätter aus Paris besagen, daß man von einer Wiederaufnahme des passiven Widerstandes durch die deutsche Industrie in Frankreich rede. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verhalten, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens des Deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident früher selbst anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird.
Eine Reparationslösung ist nur möglich, wenn an der Ruhr Frieden und Arbeit herrschen. Beginn aber eine neue Ära von Zwangsmaßnahmen, so ist nicht nur die Atmosphäre für eine Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür gefährdet.
Unter Bezugnahme auf Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten in der französischen Kammer erklärte der Reichsaussenminister ferner, der französische Ministerpräsident habe sich über die Reden deutscher Minister beschwert und sie als Zeichen der in Deutschland herrschenden Stimmung kennzeichnet. Dabei ist Herr Poincaré anscheinend von irrigen oder tendenziösen Be-

richten ausgegangen. Es ist es eine freie Erfindung, wenn behauptet wird, daß der deutsche Außenminister auf

das Urteil des Münchner Volksgerichts eingewirkt. Ludendorff verherrlicht und seine Freisprechung gefordert habe. Die Achtung und Wertschätzung des Feldherrn Ludendorff wird keine Kritik einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Man will weiter in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf

angebliche deutsche Rüstungen lenken, indem man den Begriff „Vaterländische Verbände“ für gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Verführung muß ich mich verwahren. Man gibt sich schließlich im Auslande und nicht nur in Frankreich der Sorge hin, ob

die deutsche Reichsverfassung

gegen Erschütterungen im Innern gesichert sei. Die Verfassung des Deutschen Reiches ist eine deutsche Angelegenheit. Soweit das Ausland an ihr interessiert ist, mag ihm aber das eine gesagt sein, daß einmal auch diejenigen Parteien, die programmatisch nicht auf die republikanische Verfassung eingestellt sind, genügend Verantwortungsbewußtsein besitzen, um das Deutsche Reich in seinen schweren Leiden nicht der Belastungsprobe dieser Kämpfe auszuliefern. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung, das heißt, sie will Änderungen der Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege erstreben. Wenn aber das Wirken der verfassungstreuen Parteien in Deutschland nicht immer wieder aufs neue erschüttert werden soll, dann ist es vor allem nötig, daß man einer vernünftigen Reparationslösung zustrebt. Deutschland die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Selbständigkeit gewährleistet und es vor fortgeschrittenen nationalen Demütigungen und Beleidigungen, wie sie kürzlich erst von Seiten des französischen Kriegsministers erfolgt sind, bewahrt und damit die Ursachen beseitigt, die am meisten zur Entwicklung der Extreme in Deutschland mitgewirkt haben, die weit weniger das Produkt deutscher Auffassung, als das Produkt der gegen Deutschland seit dem Friedensschluß betriebenen Politik sind. Daß Deutschland den guten Willen besitzt, bei erträglichen Leistungen zum endgültigen Frieden zu kommen, hat auch der Führer der Deutschnationalen Erz. Bergt auf dem deutschnationalen Parteitag in Gamburg betont, als er erklärte, es gibt niemand in unserer